

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen

Hürriyet

- Montag, 16.10.06 – Kopftuch-Debatte umschlingt Deutschland

Die auflagenstärkste türkische Tageszeitung im Ausland nimmt die neu entfachte Kopftuch-Debatte in Deutschland in ihre Berichterstattung auf und lässt die türkischstämmigen Kopftuchgegner zu Wort kommen. Dazu zählen: Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen), Lale Akgün (SPD), Mehmet Daimagüler (FDP) und Seyren Ates (Frauenrechtlerin und Rechtsanwältin). Exemplarisch die Äußerungen der Grünen-Politikerin Ekin Deligöz: „Das Kopftuch ist ein Symbol der Frauenunterdrückung. Wer von Frauen verlangt, ein Kopftuch zu tragen, macht sie zu einem Sexualobjekt, das sich verhüllen muss. Ich rufe deshalb die muslimischen Frauen dazu auf: Kommt im Heute an, kommt in Deutschland an. Ihr lebt hier, also legt das Kopftuch ab! Zeigt, dass ihr die gleichen Staatsbürgerrechte habt wie Männer.“

Milliyet

- Dienstag, 17.10.06 – Spionage-Angebot für Universitäten

Milliyet berichtet, dass die englische Regierung in ihrem Kampf gegen radikale Islamisten den Universitäten eine Zusammenarbeit angeboten habe. In einem 18-seitigen Bericht des Erziehungsministeriums, das an die Universitäten geschickt wurde, werden diese gebeten, arabisch oder asiatischstämmige Studenten und Dozenten, die in terroristischen Vereinigungen tätig sein könnten, zu beobachten und gegebenenfalls anzuzeigen. In letzter Zeit sei vermehrt zu bemerken gewesen, dass radikale Islamisten an Universitäten - unter dem Vorwand zu studieren - neue Mitglieder für ihre Organisationen anwerben. Weiter heißt es, dass von muslimischen Interessenvertretern das „Spionage-Angebot“ heftig kritisiert wird, weil ein solches Vorgehen rechtswidrig sei.

- Mittwoch, 18.10.06 – Einigt Euch auf einen Islamunterricht!

Die türkische Tageszeitung Milliyet meldet, dass Maria Böhmer (CDU), Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, gefordert habe, sich möglichst schnell auf einen einheitlichen Islamunterricht zu einigen. „Der Islamunterricht soll unter staatlicher Aufsicht und von Lehrern, die in Deutschland ausgebildet wurden, in deutscher Sprache erteilt werden“, so Böhmer. Die Integrationsbeauftragte spricht ihre Freude darüber aus, dass es bereits an manchen Schulen islamischen Religionsunterricht gibt. Diesbezüglich gibt sie zu bedenken: „Wir müssen auch darauf achten, dass die Pilotprojekte von den muslimischen Verbänden angenommen werden.“

- Donnerstag, 19.10.06 – Kritik von Aleviten

Im Europateil wird die Kritik von Murat Arslan, Vorsitzender der Alevitischen Gemeinde in Hamburg, an der Äußerung des Hamburger Oberbürgermeisters Ole von Beust dargelegt. Von Beust hatte beim Iftar-Essen der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) gesagt, dass Moscheen auch einen Kirchen-Status erhalten sollten. Arslan fordert auch für die 40.000 in Hamburg lebenden Aleviten das gleiche Recht. Darüber hinaus kritisiert er Aydan Özoguz (SPD) und Nebahat Güclü (Bündnis 90/Die Grünen) scharf: „Ich habe sie viele Male zu uns eingeladen, aber sie sind nicht gekommen. Wir haben sie persönlich sogar angerufen und eingeladen, aber wieder sind sie nicht gekommen. Unsere Abgeordneten nehmen jedoch an Veranstaltungen der Milli Görüs teil. Die SPD und die Grünen räumen somit Mitgliedern dieser Organisation Raum ein.“

Zaman

- Freitag, 13.10.06 – Dänemark hat aus der Katastrophe gelernt

In einem Kommentar vergleicht Hasan Cüçük die Reaktionen des dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen während der beiden Mohammed-Krisen. Dazu rollt er noch einmal das Fehlverhalten von Rasmussen beim ersten Mal auf. Das Fazit ist: „Dänemark hat es

geschafft, aus den Lehren der ersten Krise das Aufflammen einer zweiten Krise zu stoppen. Bei der ersten Prüfung ist der Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen sitzen geblieben, dieses Mal hat er die Krise wie ein Staatsmann gelenkt. Im Lichte dieser Entwicklung möchte man sich fragen: Um zu diesem Punkt zu gelangen, mussten 50 Menschen sterben, Millionen Dollar Schaden entstehen und das Image eines Landes dem Erdboden gleich werden?“

▪ Dienstag, 17.10.06 – Abgeordneten-Aufruf „Legt das Kopftuch ab!“ versus Untersuchung
Auf der Titelseite nimmt Zaman Bezug auf den Aufruf der türkischstämmigen Politiker. In ihrer Kritik stützt sich die Zeitung auf die vor kurzem erschienene Untersuchung der Konrad Adenauer Stiftung (KAS). Das Ergebnis der Studie besagt, dass die Mehrheit der Musliminnen das Kopftuch freiwillig trägt. Dies widerspräche den Aussagen der Politiker, da sie von einem Druck seitens Vätern, Brüdern oder Ehemännern ausgehen. Ali Kizilkaya, Vorsitzender des Islamrats (IR), zum Aufruf: „Die Abgeordneten dürfen sich nicht einmischen, wie das Volk leben will. An gläubige Menschen, die das Kopftuch aus einer religiösen Notwendigkeit tragen, einen solchen Aufruf zu tätigen, ist ein Eingriff in ihre Persönlichkeitsrechte und ihre Freiheit.“

Milli Gazete

▪ Mittwoch, 18.10.06 – Gefährliches Spiel in Deutschland

Auch die Milli Gazete greift die Kopftuch-Debatte in Deutschland auf. Dabei wird der scharfen Kritik türkischer Vereinsfunktionäre und Politiker in Deutschland Ausdruck verliehen. Hasan Tekin, Vorsitzender des Freiheitlich Türkisch-Deutschen Freundschaftsvereins (Hür-Türk), zum Aufruf: „Nur in Diktaturen kann man so etwas machen. Es ist sehr traurig, dass so etwas in einem Land wie Deutschland geschieht.“ Fikret Ekin, Vorsitzender der Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (ATIB): „Manche sehen das Kopftuch nur als ein Stückchen Stoff. Auch Unterhosen sind ein Stückchen Stoff, dann soll auch keiner mehr Unterhosen tragen. Erfolgreiche Politiker sehen ihren letzten Ausweg darin, den Islam und die Türken anzugreifen, um Beifall zu erheischen.“

Den wöchentlich erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff